

weisen jetzt notwendig ist, weil mit der Reupflanzung der Wäldungsbäume baldig begonnen werden soll. Die Veranschaulichung ist in dem Festschriften enthalten.

7. Festlegung des einseitigen Kanalbaubeitrags für das ganze Stadtgebiet. Berichterst. Stadt. Stephan. — Die Kanalarbeitung wurde in dieser Woche folgendermaßen: In § 5, Absatz 2 des Ortstatuts betr. die Anlage und Veränderung städtischer Straßen und Plätze ist bei der Normierung der Verpflichtung der angrenzenden Eigentümer zur Errichtung der Anlagenkosten neuer Straßen Maßgebendes bezüglich der Kanalbaukosten bestimmt:

Die beiden städtischen Wasserleitungen sind berechnigt für die Berechnung der Kosten der Kanalisation eines Einheitsfußes für den laufenden Meter der Frontlänge des angrenzenden Grundstücks festzulegen. Der Berechnung dieses Einheitsfußes sind die Einheitskosten für Anlage des gesamten Kanalkalles, zu welchem der Kanal betr. Straße gehört, zugrunde zu legen.

Von dieser Bestimmung ist festlicher Weise fest während eines Besuchs im Gebirge gemacht worden, vielmehr hat man die Kanalbaukosten in den neuen Straßen mit denselben Einheitsfuß von 9 und später 15 M. ab gelassen lassen, welcher als Kanalbaukosten für die alten Straßen festgesetzt war. Erst im Jahre 1897, als es sich darum handelte, die Kanalisation des südlichen Stadtgebietes in Angriff zu nehmen, fand die alte Berechnung der durch das dortige Kanalnetz entstehenden Kosten der Baubehörden auf 20 M. pro lauf. Meter Straßenfront statt. Auch ist dieses Prinzip sowie der gedachte Einheitsfuß neuerdings auf weitere Straßen angewendet worden, so auf die Rosenstraße, Straße L. Garten und Südstraße. Schon lange ist aber in den städtischen Kreisen bekannt und auch in anderen Städten anerkannt worden, daß ein Satz von 30 M. namentlich dann nicht zur Deckung der Kanalbaukosten genügt, wenn es sich um Kanalisationen und die mit denselben verbundenen Kosten Ausgaben handelt. Vielmehr haben nach Ansicht der Anwohner die dem Fiskus am angelegten Berechnungen der Kanalbaukosten für 1. das südliche Stadtgebiet, 2. das Gebiet des Sammlers Lafontaines, 3. des Auengebietes und 3. des Gebietes des Nebenflusses der Regenstraße und Kronprinzstraße ergeben, daß in jenen Gebieten ein Durchschnittssatz von 50 M. pro lauf. Meter Straßenfront notwendig ist, um in Genüge die Kosten der Kanalisation und die mit denselben verbundenen Kosten zu decken. Wir glauben aber auch, daß diese Unterlagen, weil sie sich für die übrigen Gebiete mieten, genügen werden, um den letzteren Kanalbaukostenbeitrag einheitlich für das gesamte Stadtgebiet mit dem Vorschlag festzusetzen, daß für solche Entwässerungsgebiete, die außerordentliche Aufwendungen erfordern, auf Grund spezieller Kostenermittlungen ein höherer Beitrag bestimmbar ist.

Der Magistrat hat sich dem Antrag, daß — mit festgedachten Vorkosten — in dem genannten Stadtgebiet bei Anwendung des 50 M. des Ortstatuts vom 20. November 1888/1. April 1896 für die Berechnung der Kosten der Kanalisation ein Einheitsfuß von 50 M. für den laufenden Meter der Frontlänge des angrenzenden Grundstücks (gemessen in der Straßenfluchtlinie) festgesetzt wird. — Die Vorlage wird nach kurzer Debatte angenommen.

8. Umzeichnung eines Kaufs- und Pachtvertrags. Berichterst. Stad. Dr. Seil. — Der Magistrat legt den Entwurf eines mit dem Obster Louis Böhm ab geschlossenen Kaufs- und Pachtvertrags vor, wonach die Stadtgemeinde von dem genannten die Baumplantagen auf beiden Seiten der Deutzerstraße zum Gesamtpreise von 19.200 M. erwirbt und ihm dieselben für einen Pachtzins von 800 M. wieder verpachtet. Die näheren Bestimmungen des Vertrages werden nach kurzer Debatte angenommen.

9. Eintrag der öffentlichen Sitzung 6 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Der Dreifüß-Projekt. Vor dem Kanalbau-Projekt in Paris erhebt der General-Staatsanwalt vom Ministère de la marine neue Tatsachen und gab der Kommission der Wissenschaften und der Erfahrungen über, die sich auf das Gelande des Dreifüß-Projekts, ein wesentliches Tatbestandmoment bilden, das dem Kriegesprojekt zu Rennes unbekannt gewesen sei und die Instandhaltung des Dreifüß-Projekts habe. Der General-Staatsanwalt erinnert an das Zeugnis des Deputierten Gemuth, welcher berichtet habe, daß er über Dreifüß-Projekt eine vertrauliche Mitteilung erhalten habe, und wies darauf hin, daß die Befürchtungen des Gemuths unbegründet seien. Dies ist jetzt als neue Tatsache anzusehen. Der General-Staatsanwalt unterlegt im weiteren Verlauf seiner Ausführungen das Schriftstück Nr. 26 des geheimen Dokuments einer Prüfung, in dem B. den Namen des Dreifüß-Projekts, den Namen der Kommission und die Namen der Mitglieder der Kommission als Empfänger und an dem Namen Dreifüß-Projekt zugehörige Dokumente, in dem der Name Dreifüß-Projekt nicht vorkommt. Der Dreifüß-Projekt wird, daß zu seiner Beurteilung für die Dreifüß-Projekt führt. Der General-Staatsanwalt führt weiter aus, der Anlagepunkt betreffend das angeführte Schreiben des dreifüßigen Kaisers sei mangelhaft und nicht nachzuweisen. Demnach hat der General-Staatsanwalt hervor, daß Balcards niemals Dreifüß-Projekt als Berater bezeichnet habe. Es habe sich aber herausgestellt, daß Balcards, dessen Ehrenhaftigkeit stets verifiziert wurde, ein gewöhnlicher, mit 400 Francs monatlich beidseitig abgekauft worden sei, dies stelle nach seiner Ansicht ebenfalls eine neue Tatsache dar, die die Revision begünstige. Darauf wird die Verhandlung abgebrochen.

Die notwendige Stadt „Wasserkunst“ aus Frederikshafn ist einmütig und hilflos bekämpft in der Provinz angetroffen und in Anger haben eingeschlagen worden.

Aus den Bergen. Dem „Berl. Lokalan.“ zufolge haben Touristen am Fuß einer steilen Wand des Berges Wolken im Kantons Freiburg in Höhe von 2000 Meter einen Neidman entdeckt, dessen Name noch nicht festgestellt ist.

Verhaftung. Die Provinz Polizei hat im Auftrag der badischen Regierung den jugendlichsten Eifer aus Freiburg verhaftet, der angeklagt ist, bei einer Gerichtsverhandlung durch Drohungen einen Zeugen zum Schweigen gezwungen zu haben. Eifer wird ausgeliefert werden.

4000 Bergarbeiter im Streik. Aus West, 2. Juli, erhalten wir folgende Meldung: In dem Salgotarjaner Kohlenbergwerk sind 4000 Arbeiter in den Streik getreten. Die wollen Verbesserung und Erhöhung der Arbeitszeit. Zur Niederschlagung der Kunde sind 200 Gendarmen und Gensdarmen am Bergwerk zu verstellen. Die Arbeiter halten nach 48 Stunden die Bergwerke in ihren Händen. Ihre Familien wurden von der Bergwerkgesellschaft auf der Wohnung getrieben. Sie sind obdachlos.

Streik in den Forster Zugsfabriken. In einem großen Teile der Forster Zugsfabriken haben dem „Forster Zugsblatt“ zufolge die Arbeiter, Weber und Spinner, die Arbeit eingestellt, weil sie die neue Arbeitsordnung, die am Montag in Kraft treten sollte, nicht anerkennen wollen.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Wittenberg, 2. Juli. (Neu zu besetzende Lehrers Stell.) Am 20. Juni hat unter bisheriger Lehrer, Herr Amate, seinen Entschluß zu erklären, daß er seinen neuen Wirkungskreis umzusetzen gedenke. Bis zur Beendigung der Verhandlungen wird der Unterricht allein vom zweiten Lehrer erteilt, welcher auch einzeln mit den Organisationsmitgliedern übernahm hat. Da die Gemeinde das Grundgehalt auf 1500 M. und die Alterszulage auf 120 M. erhöht hat, so wird die Stelle hoffentlich bald wieder besetzt werden. Das Besoldungsrecht liegt in den Händen des

Ratons, Herrn Grafen von Zsch-Butersrode in Witten, Meldungen jedoch nimmt der Kreisbürgermeister, Herr Baron Keller, entgegen. — **Gienich, 2. Juli.** (Die internationalen ethnische Konferenz) trat heute hier zusammen. Sie wird von zahlreichen Führern ethnischer Bewegungen in den verschiedenen Ländern besucht werden. Zusammenkunft. Den Vorsitz führt Dr. Adler aus Wien-Vorst.

Letzte Telegramme.

Berlin, 3. Juli. Dem „Berl. Lokalan.“ zufolge ist die Krankheit der im Sanatorium Danos weilenden, an Lungenschwindsucht leidenden Prinzessin Mathilde von Koburg-Gotha nunmehr in ihr letztes Stadium eingetreten. Für Prinz Ludwig von Bayern reist heute nach Danos.

Kattowitz, 2. Juli. Am Sonntag früh erglühete in der Handelsagentur der Reichsbahn betroffene Männer und verlangten vom Bureauchef mit vorgehaltenen Revolvern die Herausgabe der Amtsgeber. Dieser gab an, seine amtlichen Gelder zu besitzen, und wollte sein eigenes Geld, 700 Rubel, geben. Durch Befragen seiner Angestellten wurde festgestellt, daß 2000 Rubel eingekassiert worden waren. Der Vorsther wurde gezwungen, das Geld herauszugeben. Sein eigenes Geld wurde ihm behält. Die Arbeiter erklärten sich ruhig und hinterließen ein achtungsvolles, ausgehelltes Diktum des Arbeitskomitees der polnisch-sozialistischen Partei.

Warschau, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Kürsch, 3. Juli. Dem „Berl. Lokalan.“ zufolge hat die Kürsch Regierung angeht der Streikbewegung der Maurer und Metallarbeiter drei Bataillone Infanterie und eine Schwadron Kavallerie aufgeboten. Für Mittwoch abend droht ein großer Mauerstreik.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Wien, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Berlin, 2. Juli. Die Revierausrufer und Schulleute haben dem Polizeimeister erklärt, daß alle in den Ausstand treten würden, wenn sie nicht vom polnischen Dienst befreit würden.

Die Rubrik in Gutschrift gibt die Einzahlung an. Es bedarf der ...

Berliner Börse, 2. Juni 1906

Die Rubrik in Gutschrift gibt die Einzahlung an. Es bedarf der ...

Main table containing various stock market listings, including sections for 'Deutsche Fonds', 'Eisenbahn-Stamm-Aktien', 'Deutsche Hypoth.-Pfländer', 'Schiffbau-Aktien', 'Bank-Aktien', 'Kleinfonds', 'Schiffbau-Aktien', 'Bank-Aktien', 'Kleinfonds', 'Schiffbau-Aktien', 'Bank-Aktien', 'Kleinfonds'.

Einzelnotizen zum Kursverlauf der Aktien ...